

Rems Murr Kreis
Gemeinde Winterbach

Gemarkung Winterbach

Flur : 0

Bebauungsplan

Feinbaugelände

Änderung nach § 13 BauGB an der Wilhelmstraße

Lageplan Maßstab 1 : 250

Gefertigt : 6.10.1992
Geändert : 24.11.1992

Vermessungsbüro
Johannes Jaekle
Dipl. Ing. (FH) Tel. 07181/72185
Im Lehenbach 15.7065 Winterbach



78

Ausgefertigt : Winterbach den 18. Jan. 1993



Rechtsgrundlagen dieses Bebauungsplans sind
das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom
8.12.1986 (BGBl. I S. 2253), geändert durch Gesetz vom 25.7.1988
(BGBl. S. 1093) durch den Einigungsvertrag vom 31.8.1990 i.V.m.
Gesetz vom 23.9.1990 (BGBl. II S. 885, 1122)
die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung
vom 23.1.1990 (BGBl. S. 132), geändert durch Einigungsvertrag
vom 31.8.1990 i.V.m. Gesetz vom 23.9.1990 (BGBl. II S. 885, 1124)
die Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) vom 18.12.1990
(BGBl. 1991 I S. 58)
die Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der
Fassung vom 28.11.1983 (GBI. S. 770, berichtigt GBI. 1984 S. 519),
geändert durch Gesetz vom 1.4.1985 (GBI. S. 51), vom 22.2.1988
(GBI. S. 55) vom 8.1.1990 (GBI. S. 1) und vom 17.12.1990
(GBI. S. 426).

Textteil

In Ergänzung der zeichnerischen Darstellung des Bebauungsplans

Feinbaugelände

Änderung nach § 13 BauGB an der Wilhelmstraße

werden folgende textliche Festsetzungen getroffen :

A Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9(1) BauGB und BauNVO)

1. Die weiteren planungsrechtlichen Festsetzungen des
rechtskräftigen Bebauungsplans
Feinbaugelände - 2. vereinfachte Änderung nach § 13 BauGB -
werden nicht verändert .

B Bauordnungsrechtliche Festsetzungen (§ 9(4) BauGB i.V.m. § 73(6) LBO)

1. Die weiteren bauordnungsrechtlichen Festsetzungen des
rechtskräftigen Bebauungsplans
Feinbaugelände - 2. vereinfachte Änderung nach § 13 BauGB -
werden nicht verändert .

C Nachrichtliche Übernahme (§ 9(6) BauGB)

1. keine

D Hinweise

1. keine

E Vorgänge

1. Beb.Feinbaugelände

rechtsverb. 3.11.1988

2. Beb.Feinbaugelände Änd.§ 13 BauGB

rechtsverb. 19. 9.1991

F Verfahrensvermerke

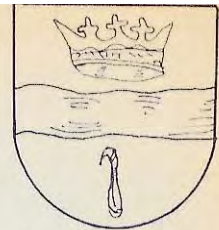
Dieser Plan wurde am 24.11.1992 vom Gemeinderat als
Satzung beschlossen. (§ 10 BauGB)

Winterbach, den 18. Jan. 1993

Dieser Plan wurde durch die Bekanntmachung im Mitteilungsblatt
der Gemeinde Winterbach am 21. Jan. 1993 rechtsverbindlich.
(§ 12 BauGB)

Winterbach, den 18. Jan. 1993

Rems - Murr - Kreis
Gemeinde Winterbach
Gemarkung Winterbach
Flur : 0



Beb. Plan „FEINBAUGELÄNDE“

2. Vereinfachte Änderung nach § 13 BauGB

Vorgänge:

1. Beb. Plan „Feinbaugelände“ r. v. 3.11.1988
2. Beb. Plan „Feinbaugelände“
Änderung nach § 13 BauGB r. v. 18.10.1990

Lageplan M= 1:500 (Auszug aus dem Liegenschaftskataster)

Rechtsgrundlagen dieses Bebauungsplanes sind:

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 8.12.1986 (BGBl. I, S. 2253).
- Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 23.1.1990 (BGBl. I, S. 132).
- Planzeichenverordnung (Planz V 81) vom 30.7.1981 (BGBl. I, S. 833).
- Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 28.11.1983 (GBl. S. 770), geändert am 1.4.1985 (GBl. S. 51) und am 22.2.1988 (GBl. S. 55).
- Garagenverordnung (GaVo) vom 13.9.1989 (GBl. S. 458).

In Ergänzung der zeichnerischen und farblichen Darstellung des Bebauungsplanes sowie der Planzeichen und Planeinschriebe werden festgesetzt:

B. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen: (§ 9(4) BauGB + § 73(6) LBO)

7. Solaranlagen: (§ 73(1) Nr. 1 LBO)

Solaranlagen sind grundsätzlich zulässig, jedoch nicht als Dachaufbauten, die von der festgesetzten Dachneigung abweichen.

Von den Gestaltungsvorschriften nach Ziff. B. 2.1 sind beim Einbau von Solaranlagen grundsätzlich Ausnahmen zulässig.

Im übrigen gelten die Festsetzungen des rechtsverbindlichen
Bebauungsplanes „Feinbaugelände“ vom 3.11.1988

Mit Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes treten die zeichnerischen
Festsetzungen des Bebauungsplanes „Feinbaugelände“ außer Kraft.

Verfahrensvermerke:

Aufstellungsbeschluß gemäß § 2(1) BauGB am 19.3.1991

Als Satzung gemäß § 10 BauGB vom Gemeinderat beschlossen am 14.5.1991

In Kraft getreten gemäß § 12 BauGB durch die öffentliche Bekanntmachung im Gemeindeblatt am 19.9.1991

Winterbach, den 20.6.1991

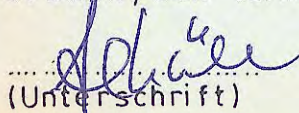


(Unterschrift)

Stellv. Bürgermeister

Für die Fertigung des Lageplanes und seine Übereinstimmung mit
dem Liegenschaftskataster:

Urbach, den 19. März 1991

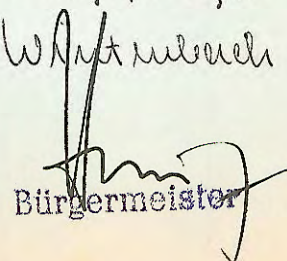


(Unterschrift)

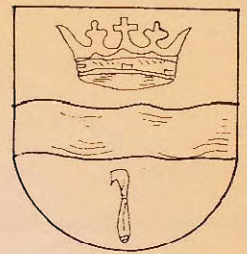
Ingenieur- u. Vermessungsbüro
GLAUNER – ROTH – SCHÜLE
Neumühleweg 42
7068 Urbach
Telefon 07181/81418
Telefax 07181/89958

Ausgefertigt:

Winterbach, 2.9.91


Bürgermeister

Rems - Murr - Kreis
Gemeinde Winterbach
Gemarkung Winterbach
Flur: 0



Beb. Plan „Feinbaugelände“

Lageplan M = 1:500 (Auszug aus dem Liegenschaftskataster)

Vorgänge:

1. Gen.v. 25.7.1907
2. Beb.Plan „Wilhelmstraße“ gen.v. 6.11.1974
3. Beb.Plan „Schorndorfer Straße - FW.302“ gen.v. 29.12.1965

Rechtsgrundlagen dieses Bebauungsplanes sind:

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 8.12.1986 (BGBl. I, S. 2253)
- Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 15.9.1977 (BGBl. I, S. 1763)
zuletzt geändert durch VO vom 19.12.1986 (BGBl. I, S. 2665)
- Planzeichenverordnung (Planz V81) vom 30.7.1981 (BGBl. I, S. 833)
- Landesbauordnung für Baden Württemberg (LBO) in der Fassung vom 28.11.1983
(GBl. S. 770)
- Garagenverordnung (GaVO) vom 25.7.1973 (GBl. S. 325), geändert durch VO vom 12.2.1982
(GBl. S. 67)

In Ergänzung der zeichnerischen und farblichen Darstellung des Bebauungsplanes sowie der Planzeichen und Planeinschriebe werden festgesetzt.

A. Planungsrechtliche Festsetzungen: (§ 9 BauGB + BauNVO)

1. Art der baulichen Nutzung: (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB + § 1 BauNVO)
WA = Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)
Fläche für den Gemeinbedarf (§ 9 (1) Nr. 5 BauGB)
— Kindergarten —
2. Maß der baulichen Nutzung: (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB + §§ 16 - 21 BauNVO)
Zahl der Vollgeschosse (§ 18 BauNVO)
Grundflächenzahl (§ 19 BauNVO)
Geschoßflächenzahl (§ 20 BauNVO)
Siehe Nutzungsschablonen im Lageplan.
3. Bauweise: (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB + § 22 BauNVO)
Offene Bauweise (§ 22 (2) BauNVO)
Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig.
Offene Bauweise (§ 22 (2) BauNVO)
Nur Doppelhäuser zulässig.
Offene Bauweise (§ 22 (2) BauNVO)
Nur Hausgruppen zulässig.
Siehe Nutzungsschablonen im Lageplan.
4. Stellung der baulichen Anlagen: (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB)
Die im Lageplan eingetragenen Gebäude - bzw. Firstrichtungen
sind zwingend.
5. Überbaubare Grundstücksflächen: (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB)
Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen nach
§ 23 (3) BauNVO festgesetzt.
6. Unbedeutende Bauteile: (§ 23 (3) BauNVO)
Balkone und andere unbedeutende Bauteile dürfen die Baugrenzen
bis 1.50 m überschreiten.
7. Mit Leitungsrecht zu belastende Flächen: (§ 9 (1) Nr. 21 BauGB)
Auf den mit Leitungsrecht belasteten Flächen sind Einrichtungen,
Anlagen und Nutzungen aller Art, die den Bestand oder Betrieb
der Leitungen gefährden können, nicht zulässig.

8. Pflanzgebot : (§ 9 (1) Nr. 25a BauGB)

Die im Lageplan dargestellten Flächen sind mit einheimischen mittel - bis großkronigen Bäumen bzw. Sträuchern zu bepflanzen.
Nadelbäume sind unzulässig.

9. Planzbindung : (§ 9 (1) Nr. 25 b BauGB)

Die Bäume und Sträucher in den im Lageplan dargestellten Flächen sind dauernd zu erhalten und gegebenenfalls nachzupflanzen.

10. Nebenanlagen : (§ 14 (1) BauNVO)

10.1 Nebenanlagen sind nur in den überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
Nebenanlagen für die Kleintierhaltung sind unzulässig.

10.2 Überdachungen und seitliche Verkleidungen von Stellplätzen sind unzulässig.
Zulässig sind transparente ,allseits offene und begrünte Pergolen aus Holz oder Stahl.

10.3 Müllbehälter auf den privaten Grundstücken sind nach Möglichkeit im Gebäude unterzubringen. Außerhalb der Gebäude dürfen sie nur aufgestellt werden, wenn sie der allgemeinen Sicht entzogen sind und ihr Standort keinerlei Belästigungen mit sich bringt. Außerhalb der Gebäude gewählte Standorte für Müllbehälter sind zu begrünen.

11. Garagen und Stellplätze : (§ 9 (1) Nr. 4 BauGB)

11.1 Garagen und Stellplätze sind nur innerhalb der überbaubaren Flächen und an den dafür festgesetzten Stellen zulässig.

11.2 Ausnahmsweise sind darüberhinaus offene Stellplätze im direkten Anschluß an die befahrbare Verkehrsfläche zulässig , wenn mind. 35% der Fläche zwischen Verkehrsbereich und der überbaubaren Fläche als Grünfläche oder gärtnerisch gestaltet wird.

12. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern : (§ 9 (1) Nr. 26 BauGB)

Zur Herstellung des Straßenkörpers sind in den an öffentlichen Verkehrsflächen angrenzenden Grundstücken unterirdische Stützbauwerke entlang der Grundstücksgrenze in einer Breite von 15 cm und einer Tiefe von 40 cm erforderlich.

13. Gebäudehöhen : (§ 9 (2) BauGB + § 16 (3) BauNVO)

Z = I Traufhöhe 3,50 m (von EFH)

Z = II-III Traufhöhe 6,50 m (von EFH)
Firsthöhe 11,00 m

Z = III Traufhöhe 9,00 m (von EFH)
Firsthöhe 13,00 m

Die Traufhöhe ist auf mindestens $\frac{2}{3}$ der Gebäudelänge einzuhalten.

Traufe = Schnittpunkt Gebäudeaußenwand mit Oberseite Dachhaut.

EFH (Erdgeschoßfußbodenhöhe) = max. 2,00 m über neue Straßenhöhe.

B. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen : (§9 (4) BauGB + § 73 (6) LBO)

1. Dachform und Dachneigung : (§73 (1) Nr. 1 LBO)

1.1 Die Dächer sind als Sattel- oder Walmdächer auszuführen. (s. Nutzungsschablonen)

1.2 Dachneigung entsprechend den Einschrieben im Lageplan.

1.3 Die Länge von Dachaufbauten und Dacheinschnitten darf max. 40% der Gesamtlänge der Gebäude betragen. Dachaufbauten dürfen nicht höher als in der halben Höhe zwischen Trauf- und Firstlinie in die Dachfläche einschneiden. Der Abstand der Dachaufbauten von der Giebelwand muß mindestens 2.50 m betragen.

1.4 Dacheinschnitte sind nur ausnahmsweise zulässig.

Für Dacheinschnitte gelten dieselben Festsetzungen wie für Dachaufbauten.

2. Äußere Gestaltung und besondere Anforderungen an bauliche Anlagen : (§ 73 (1) Nr. 1 + 2 LBO)

2.1 Für die Dacheindeckung sind Ziegel oder Betonsteine in den Farben rot zu verwenden. Gewellte Materialien aus Asbestzement oder Kunststoff sind unzulässig.

2.2 Bei Doppelhäuser und Hausgruppen muß eine Gestaltungsabstimmung hinsichtlich Farbe, Material und Außendetails erfolgen.

3. Antennen : (§ 73 (1) Nr. 3 LBO)

Pro Gebäude ist nur eine Fernseh- und Rundfunkantenne zulässig.

Antennen sind unter dem Dach anzubringen. Ist dies aus technischen Gründen nicht möglich, so sind sie so zu montieren, daß sie vom öffentlich zugänglichen Raum nicht einsehbar sind.

B 4. Gestaltung der Außenanlagen und Stellplätze: (§ 73 (1) Nr. 5 LBO)

4.1 Die nicht überbaubaren Flächen der bebauten Grundstücke sind mit Ausnahmen der Flächen für Stellplätze als Grünflächen oder gärtnerisch zu gestalten und zu unterhalten.

Dem Bauantrag ist ein Bepflanzungsplan beizufügen.

4.2 Stellplätze für Kraftfahrzeuge und Zufahrten zu Garagen dürfen nicht mit einem geschlossenen Belag hergestellt werden.

Sie sind mit Rasensteinen, Spurplatten, begrenzten Fahrspuren, Pflasterbelag mit breiten Fugen u.ä. herzustellen und zu begrünen.

5. Einfriedigungen und Stützmauern: (§ 73 (1) Nr. 5 LBO)

5.1 Einfriedigungen sind im Bereich der Garagenzufahrten und Stellplätze unzulässig. Ansonsten sind gegen die öffentlichen Verkehrsflächen Einfriedigungen nur als heckenartige Bepflanzungen oder als niedere Mauern gestattet. Im übrigen sind nur Drahtzäune (Höhe max. 0.80m) mit beiderseitiger Bepflanzung zulässig.

5.2 Stützmauern sind zulässig. Die Höhe darf max. 1.10m betragen.

6. Aufschüttungen und Abgrabungen: (§ 73 (1) Nr. 5 LBO)

Veränderungen der natürlichen Geländeoberfläche (Aufschüttungen und Abgrabungen) sind bis 1.80 m zulässig.

Zwischen der Erdgeschoßfußbodenhöhe (EFH) und den angrenzenden Straßen, Wegen und Plätzen sowie dem Terrassenbereich und den angrenzenden Grundstücken ist mit dem anfallenden Aushubmaterial, falls nötig, eine Geländemodellierung durchzuführen. Die dabei entstehenden Böschungen dürfen max. 30 Grad geneigt sein.

C. Hinweise:

1. Beim Vollzug der Planung können bisher unbekannte Funde entdeckt werden. Diese sind unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde oder das Landesdenkmalamt mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. (§ 20 DSchG).

Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 33 DSchG wird verwiesen.

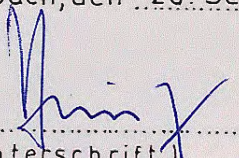
2. Je Wohneinheit sind 1,25 Stellplätze nachzuweisen.
Die Gesamtbilanz muß, incl. öffentliche Stellplätze, 1,5 Stellplätze pro Wohneinheit betragen.

Verfahrensvermerke:

1. Aufstellungsbeschluß
(§ 2 BauGB) vom 23. 2. 1988
2. Ortsübliche Bekanntmachung von Nr. 1
(§ 2 BauGB) am 31. 3. 1988
3. Vorgezogene Bürgerbeteiligung
(§ 3 BauGB) am 11. 4. 1988 - 25. 4. 1988
4. Auslegungsbeschluß
(§ 3 BauGB) vom 15. 6. 1988
5. Ortsübliche Bekanntmachung von Nr. 4
(§ 3 BauGB) am 21. 7. 1988
6. Öffentliche Auslegung des Planentwurfs
(§ 3 BauGB) vom bis 1. 8. 1988 - 1. 9. 1988
7. Satzungsbeschluß
(§ 10 BauGB + § 73 LBO) vom 27. 9. 1988
8. Anzeigeverfahren
(§ 11 BauGB) 5. 10. 1988
9. Ortsübliche Bekanntmachung des
Anzeigeverfahrens
(§ 12 BauGB) am 3. 11. 1988
10. Rechtsverbindlichkeit des Planes
(§ 12 BauGB) 3. 11. 1988
11. Entschädigungsansprüche gem. § 44 Abs. 4 BauGB
erlöschen am 31. 12. 1988

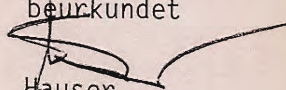
Mit Erlaß vom 19.10.1988 wurde
gemäß § 11 Abs. 3 BauGB keine
Verletzung von Rechtsvorschriften
geltend gemacht.

Winterbach, den 28. September 1988

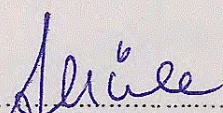

(Unterschrift)
Bürgermeister



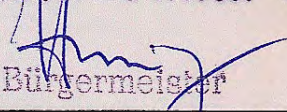
gez. Jelden
beurkundet


Hauser

Gefertigt: Urbach, den 26. September 1988


(Unterschrift)

Ingenieur- u. Vermessungsbüro
GLAUNER - ROTH - SCHÜLE
Neumühleweg 42
7068 Urbach
Telefon (07181) 81418

Angefertigt:
Winterbach 4. 11. 88

Bürgermeister

Mit Inkrafttreten dieses Planes sind sämtliche genehmigte Festsetzungen von
Bebauungsplänen innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches dieses Planes
aufgehoben.